

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Thea Dückert, Margareta Wolf (Frankfurt), Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2653 –**

Partnerschaftliche Unternehmenskultur stärken – Mitarbeiterbeteiligung fördern

A. Problem

Förderung von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen, insbesondere für den Mittelstand, Insolvenzsicherung der Modelle, Aktienoptionen für Mitarbeiter, Nutzung von Investivlöhnen, KfW-Kredite für Unternehmensübernahmen durch Mitarbeiter.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2653 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Albert Rupprecht (Weiden)
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Michael Fuchs
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Michael Fuchs

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2653** wurde in der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. November 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der Antragsteller ist die Mitarbeiterbeteiligung Teil einer modernen, offenen Unternehmenskultur und Ausdruck eines partnerschaftlichen Miteinanders im Unternehmen. Sie fordern die Bundesregierung auf, bürokratische Hürden, die Mitarbeiterbeteiligungsmodellen im Mittelstand entgegenstehen, zu beseitigen. Erforderlich sei ferner eine Insolvenzversicherung für alle Mitarbeiterbeteiligungsmodelle, bei denen steuerliche Förderung in Anspruch genommen wird. Für kleine und mittlere Unternehmen sollen die Bürgschaftsbanken Programme mit Garantieübernahme anbieten. Ebenso soll die Regierung bei den Unternehmen dafür werben, Aktienoptionspläne nicht nur den Führungskräften, sondern allen Mitarbeitern anzubieten. Dies gelte auch für Erfolgsbeteiligungen am Gewinn des Unternehmens. Bei den Sozialpartnern soll sich die Regierung dafür einsetzen, Investivlöhne im Rahmen tariflicher Öffnungsklauseln stärker als bisher zu nutzen. Im Falle des Lohnverzichts zur Rettung eines Unternehmens sollten die Arbeitnehmer auf einer Beteiligung am Unternehmen bestehen, damit sie an künftigen Erträgen beteiligt werden. Darüber hinaus plädiert die Antrag stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür, dass Förderprogramme der KfW-Bankengruppe, die eine Unternehmensnachfolge durch die Mitarbeiter unterstützen sollen, bekannter werden als bisher.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/2653 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/2653 in seiner 29. Sitzung am 28. Februar 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** brachte zum Ausdruck, dass auch nach ihrer Auffassung Mitarbeiterbeteiligungsmodelle sinnvoll sein könnten. Derartige Modelle könnten jedoch nur auf freiwilliger Basis auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite eingesetzt werden. Eine Kapitalbeteiligung sei allerdings ihrem Wesen nach stets risikobehaftet, so dass eine Insolvenzversicherung nicht möglich oder doch zumindest mit einem unvermeidbaren bürokratischen Aufwand verbunden wäre. Modelle der Erfolgsbeteiligung seien im Übrigen von den Tarifpartnern zu vereinbaren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass die Mitarbeiterbeteiligung ein partnerschaftliches Modell für eine moderne Unternehmenskultur sei. Es gebe hier in Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf. Die Mitarbeiterbeteiligung könne nicht nur zur Lösung von Nachfolgeproblemen eingesetzt werden, sie sei auch ein Ansatzpunkt, um die Kapitaldecke gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Kritisch zu sehen sei allerdings die Nutzung der Mitarbeiterbeteiligung zur privaten Altersvorsorge, da hiermit zusätzliche Risiken eingegangen würden. Dies sei bei der privaten Altersvorsorge, bei der eine Risikostreuung unbedingt notwendig sei, nicht anzuraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2653 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Michael Fuchs
Berichterstatter

